

Allgemeine Wahlen und das politische System in Indonesien

Alle fünf Jahre feiern die Indonesier das "Fest der Demokratie" (*Pesta Demokrasi*). Die nächste allgemeine Wahl soll am 29. Mai dieses Jahres stattfinden. Dann dürfen ca. 120 Mio. Wahlberechtigte eines von drei Symbolen auf ihren Stimmzetteln ankreuzen. Die Symbole stehen für die drei zur Wahl zugelassenen Organisationen: Die zwei politischen Parteien PDI und PPP und Golkar, eine gesellschaftspolitische Massenorganisation. Die Unterscheidung ist nicht unwichtig. Politische Parteien werden nach dem Parteiengesetz in ihrer Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt. Golkar, die bisher alle Wahlen nach 1969 gewinnen konnte, unterliegt nicht dem Parteiensystem, sondern dem Organisationsgesetz.

Gewählt werden 425 von 500 Mitgliedern des Volksvertretungsrates DPR. Die restlichen 75 Sitze sind für das Militär reserviert. Das höchste Organ der Gesetzgebung ist der beratende Volkskongress. Er wird einige Monate nach den Wahlen gebildet und besteht aus 1000 Repräsentanten, nämlich den 500 Mitgliedern des DPR und weiteren 500 Personen, die vom Präsidenten ernannt werden.

Die ersten allgemeinen Wahlen in Indonesien fanden im Jahre 1955 statt, knapp viereinhalb Jahre nach der internationalen Anerkennung der Souveränität Indonesiens im Dezember 1949. Damals gab es ein ganz anderes politisches System, nämlich das parlamentarische System mit einem Premierminister als Regierungschef. Es traten mehr als 30 Parteien zur Wahl mit folgendem Ergebnis an:

Tabelle 1: Allgemeine Wahl von 1955

Partei	Stimmenanteil in %	Sitze im Parlament	ideologische Orientierung
1. PNI	22,3	57	nationalistisch
2. Masjumi	20,9	57	islamisch
3. Nahdlatul Ulama (NU)	18,4	45	islamisch
4. PKI	16,4	39	marxistisch
5. PSII	2,9	8	islamisch
6. Parkindo	2,6	8	christlich
7. Partai Katolik	2,0	6	christlich
8. PSI	2,0	5	sozialistisch
9. IPKI	1,4	4	nationalistisch
andere	11,1	28	
Summe	100,0	257	

Nach den Wirren der nachkolonialen Zeit und innenpolitischer Richtungskämpfe folgte der politische Umbruch 1965/1966. Zuvor hatten sich die Spannungen zwischen der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) und dem Militär immer weiter zugespitzt. Als einige kommunistisch orientierte Offiziere einen Putschversuch vornahmen, schlug das Militär zurück und übernahm die Kontrolle über die Republik. Der damals unbekannt General Suharto übernahm die Staatsgewalt und versprach politische Reformen und der Beginn einer "Neuen Ordnung". Das Ziel war eine "programmatische, politische Neuorientierung": eine Modernisierung bzw. Säkularisierung der politischen Struktur, d.h. die Trennung von Staat und Religion bzw. eine andere "ideologische Denkweise". Was danach folgte war die Etablierung des Militärs als bestimmende Kraft in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und die Entpolitisierung der Massen.

Das Militär hielt das Land zwar unter Kontrolle, hatte aber keinerlei Erfahrung als regierende Kraft. Und so beschloß man eine starke Organisation als politischen Arm und eine bürokratische Kadenschulung aufzubauen und wählte zu diesem Zweck einen kleinen Berufsverband aus: das Gemeinsame Sekretariat der Berufsstände SEKBER GOLKAR. Die nächste Wahl wurde 1971 durchgeführt, drei Jahre später als geplant. Es war die erste allgemeine Wahl der Neuen Ordnung mit Beteiligung von Golkar, die auf Anhieb über 60 Prozent der Stimmen gewinnen konnte. 1973 wurde das Par-

teiensystem durch einen Präsidentenerlaß umstrukturiert. Danach werden nur noch zwei Parteigruppierungen und Golkar zur Wahl zugelassen. Seit 1977 konnten die Wahlen regelmäßig alle fünf Jahre durchgeführt werden.

Wahl- und Parteiengesetze

Gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht mit Kandidatenliste. Die Sitze im Parlament werden proportional zur Bevölkerungsdichte auf die 27 Provinzen (einschließlich des annektierten Ost-Timors) aufgeteilt. Die Kandidaten werden vom Parteivorstand aufgestellt. Mit der Wahl werden auch die Regionalvertretungen auf der Provinzial- und Kreisbene gewählt. Diese Gremien haben aber keinerlei Kompetenzen oder parlamentarische Funktionen.

Schon das Wahlgesetz von 1969 gibt der Regierung die Befugnis zum direkten Eingriff in das Wahlgesehen:

- § 8.8: Bei Uneinigkeit innerhalb der Wahlkommission trifft der Präsident die letztgültige Entscheidung.
- § 8.10: Die Struktur und Arbeitsweise der Wahlkommission wird von der Regierung bestimmt.
- § 20.2: Alles im Bezug auf die Durchführung der Wahlkampagne einschließlich Spielregeln und Prozeduren wird von der Regierung bestimmt

Durch die politischen Wirren der 50er und 60er Jahre hat sich unter dem Militär die Ansicht gefestigt, daß Politik für das Volk nur schädlich sein kann. Das Volk, vor allem in ländlichen Gebieten, sollte sich besser nicht in die Politik einmischen, sondern seine Kräfte und Aufmerksamkeit ganz dem nationalen Aufbau widmen. 1975 wurde das *floating-mass*-Konzept vorgestellt, und das sogenannte "Depolitisierungsgesetz" verabschiedet, u.a. mit folgendem Inhalt:

- § 9: Politische Parteien dürfen nicht mehr auf Kreisebene tätig werden
- § 4: Der Präsident hat das Recht, politische Parteien aufzulösen.

Die einzige politische Organisation, die nach dieser Regelung auf der Dorfebene aktiv werden darf, ist Golkar, weil sie per Gesetz keine politische Partei ist.

Im Zuge der Entpolitisierung der Massen wurden weitere ergänzende Gesetze im Jahre 1980 verabschiedet. Danach ist es während der Wahlkampagne nicht mehr erlaubt, über die Staatsideologie Pancasila und/oder über die Verfassung zu diskutieren. Weiterhin müssen die Themen der Wahlkampagne mit dem nationalen Aufbauprogramm in Verbindung stehen (§ 1.13).

Die neuesten Ergänzungen zum Wahlgesetz wurden im Jahre 1985 verabschiedet. Das Wahl- und Parteiengesetz wurden unter der Bezeichnung "5 Gesetze zum politischen System" (5 UU Politik 1985) zusammengefaßt. Damit

Tabelle 2: Die Wahlen der neuen Ordnung 1971-1992

Partei	1971 (in %)	Partei (ab 1973)	1977 (in %)	1982 (in %)	1987 (in %)	1992 (in %)
1. Golkar	62,80	Golkar	62,11	64,34	73,16	68,1
2. PNI	6,94	PDI	8,60	7,88	10,89	14,9
3. Parkindo	1,34					
4. Murba	0,09					
5. IPKI	0,62					
6. Partai Katolik	1,10					
7. NU	18,67	PPP	29,29	27,78	15,97	17,0
8. Permusi	5,36					
9. PSII	2,39					
10. PERTI	0,70					
Summe	100,00		100,00	100,00	100,00	100,0

wird die Kontrolle über das politische Geschehen noch mehr verstärkt:

- Alle Parteien müssen ein Symbol benutzen, das den Geist der Pancasila widerspiegelt
- Der Innenminister ist per Gesetz Leiter der Nationalen Wahlkommission
- Der Innenminister ist per Gesetz offizieller Betreuer aller politischen Parteien und Massenorganisationen. Somit müssen alle Organisationen eine Zulassung beim Innenministerium beantragen.
- Massenorganisationen dürfen nicht Mitglied von politischen Parteien werden

Wahlen und die Volksvertretungsorgane

Die Verfassung von 1945 wurde anfangs als Übergangsverfassung gedacht. Als die Niederlage Japans im 2. Weltkrieg sich immer mehr abzeichnete, hatten die indonesischen Führer schnell die Ausrufung eines unabhängigen Staates mit Billigung Japans vorbereitet. Die von ihnen vorbereitete Fassung enthält 37 Artikel und vier Übergangsregelungen. Die Organe der Volksvertretung wurden nur ganz allgemein festgelegt mit dem Hinweis, daß Einzelheiten später durch Gesetze geregelt werden sollte. Die Ver-

fassung von 1945 kennt keine Dreiteilung der staatlichen Gewalt. Der Präsident übt die Exekutive und teilt sich mit dem Volksvertretungsrat DPR die Legislative. Das Verhältnis zwischen Präsident und DPR wird wie folgt geregelt:

- Der DPR verabschiedet den Staatsetat zusammen mit dem Präsidenten (§ 23)
- Gesetze brauchen die Zustimmung vom DPR und dem Präsidenten (§ 5, § 20)
- Der Präsident hat das Recht, Regierungsverordnungen zu erlassen (§ 5)
- In Notsituationen, kann der Präsident ohne vorherige Zustimmung des DPR einen Präsidentenerlaß bewirken. Dieser Erlaß muß aber vom DPR im Nachhinein bestätigt werden (§ 22)

Das höchste Staatsorgan ist der MPR, der mindestens alle 5 Jahre zusammentritt, um den Präsidenten und den Vizepräsidenten zu wählen und die "Leitlinien der Staatspolitik" für die nächsten 5 Jahre zu verabschieden. Über die Zusammensetzung des Volkskongresses gibt die Verfassung keine genaue Auskunft. Erwähnt wird lediglich, daß der MPR sich aus Mitgliedern des DPR und anderen Repräsentanten der sozialen Gruppen zusammensetzt. Nach der Proklamation der Unabhängigkeit wurde eine andere Verfassung verabschiedet, die die Macht des Präsidenten stark einschränkte und ein parlamentarisches System vorschrieb.

Tabelle 3: Veränderung des Beratenden Volkskongresses

Regierungssystem	Bezeichnung des Rates	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Sitzungen
"Gelenkte Demokratie" 1959-1965	MPRS	600-620	3
"Neue Ordnung" I 1966-1970	MPRS	545; 600; 828	3
"Demokrasi Pancasila"	MPR		
1. Wahl 1971		920	1
2. Wahl 1977		920	1
3. Wahl 1982		920	1
4. Wahl 1987		1.000	1
5. Wahl 1992		1.000	1

BUKO 21

Gegenmacht von unten - Mission impossible?

21. Bundeskongreß
entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen

29.5. bis 1.6.97 in Paderborn

Foren und Arbeitsgruppen:

- **Internationale Solidarität**
- * Chiapas: 2. Interkontinentales Treffen
- * Euromärsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ausgrenzung
- * Perspektiven der Soliarbeit am Beispiel Nigeria
- * Verhältnis von Soligruppen und Befreiungsbewegungen
- * Saatguterhaltungsinitiativen von unten
- **Entmachtung des Nordens**
- * diverse Arbeitsgruppen
- **Rechtlos auf Arbeit**
- * Solidarität im Betrieb und draußen - aber wie?
- * Internationale Vernetzungen gegen die Internationalisierung des Kapitals
- * Prekarisierte und illegalisierte ArbeiterInnen: Selbstorganisation und Gewerkschaften
- **Existenzrecht und solidarische Netze**
- * Formen der Existenzsicherung jenseits des Sozialstaats
- * Praktische Erfahrungen aus den Sozialbündnissen
- * Widerstand gegen Zonierung und Ausgrenzung
- * Selbstorganisation und solidarische Netze
- **Emanzipation neu denken**
- * diverse Arbeitsgruppen

Infos und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32, D-22765 Hamburg. Tel.: 040-393156, Fax.: 040-3907520

Aber die junge Demokratie konnte sich damals nicht richtig etablieren. Bewaffneter Widerstand, ausländische Einmischung und politische Zerwürfnisse brachten das Land immer mehr an den Rand des Zusammenbruchs. 1959 erließ der damalige Präsident Sukarno ein "Dekret zur Rückkehr zur Verfassung von '45" und löste das Parlament auf. Er stellte sein Konzept der "Gelenkten Demokratie" vor und setzte einen provisorischen Volkskongress (MPRS) und einen provisorischen Volksvertretungsrat (DPRS) ein. Als Suharto an die Macht kam, entließ er alle Pro-Soekarno-Abgeordneten beider Organe und ernannte neue Volksrepräsentanten. Seitdem wird an der Praxis festgehalten, daß es zweimal mehr MPR-Mitglieder als DPR-Mitglieder gibt, und daß 60 % der MPR-Mitglieder vom Präsidenten ernannt werden.

Mit dem Beginn der Neuen Ordnung ist der MPR immer seltener zusammengetroffen. Diese Tatsache werden viele Beobachter als Zeichen für die schwache Position des MPR gegenüber der Regierung. Diese Schwäche zeigt sich ganz deutlich in den Beschlüssen des MPR bezüglich seiner eigenen verfassungsmäßigen Position innerhalb des staatlichen Systems. Da der MPR das einzige Staatsorgan ist, das in der Lage wäre, die indonesische Verfassung zu ändern, drängte die Regierung Anfang der 80er Jahre auf eine "bessere Sicherung" der Verfassung vor etwaigen zukünftigen Änderungsvorhaben:

- Anzeige -

- Nach der Verfassung von 1945 ist eine Verfassungsänderung gültig, wenn
 - a) mindestens 2/3 der MPR-Mitglieder anwesend sind (§ 37.1) und
 - b) 2/3 der Anwesenden der Änderung zustimmen (§ 37.2)

- 1983 gab der MPR den Beschluß No. I/1983 über ein Referendum zur Änderung der Verfassung von 1945 wie folgt bekannt:

* § 104: Der MPR hat nicht vor, die Verfassung zu ändern, und wird auch niemals eine Änderung vornehmen.

* § 105: Sollten die Mitglieder jedoch eine Änderung vorschlagen wollen, dann kann der Vorschlag nur vorgebracht werden, wenn er vorher von allen Mitgliedern von vier MPR-Fraktionen schriftlich, mit Namenslisten und Unterschriften unterstützt werden

* § 106: Wenn dieser Vorschlag angenommen wird, gibt der MPR dem Präsidenten die Anweisung, ein Referendum zur Änderung der Verfassung durchzuführen. Die Durchführung des Referendums wird gesondert geregelt

- MPR-Beschluß No. V/1985 über die Durchführung des Referendums zur Änderung der Verfassung von 1945:

Das Volksreferendum zur Änderung der Verfassung gilt als angenommen

* a) wenn mindestens 90 % aller registrierten Stimmberechtigten ihre Stimme abgeben und

* b) wenn mindestens 90 % der abgegebenen Stimme der Änderung zustimmen.

Vizepräsidenten wird von der Regierung und Golkar abgelehnt: Die Wahl des Vizepräsidenten sollte man den Präsidenten selbst überlassen. Als das Militär und die PDI bei der letzten Wahl den Namen eines möglichen Vizepräsidenten in die Diskussion brachte, galt dies als *Fait accompli*.

c) "Ziel der allgemeinen Wahlen ist die Gewährung der politischen Stabilität"

"Gewährung der politischen Stabilität heißt für viele - und wird auch von vielen so verstanden -, daß Golkar die Wahl gewinnen muß. Golkar gilt als Garant der politischen Stabilität und als Legitimation für die Herrschenden. In diesem Sinne ist es auch zu verstehen, warum das Aufbegehren der kleinen Partei PDI unter Führung von Megawati bei der Regierung als eine ernsthafte Bedrohung angesehen wurde. Bei der letzten Wahl konnte die PDI vor allem die neuen Wähler gewinnen und ihren Stimmenanteil um mehr als drei Prozentpunkte erhöhen, was eine Steigerung von mehr als 30 % bedeutete. Vor allem aber profiliert sich die PDI immer mehr zu einer "Oppositionspartei", die politisch professionell agierte. So stellte sie bei der letzten Wahl ein Team als "Schattenkabinett" vor und trat immer wieder mit eigenen wirtschaftspolitischen Konzepten vor, die von einem internen Expertenteam ausgearbeitet wurden. Die Absetzung Megawatis durch die Regierung Mitte letzten Jahres geschah um der "politischen Stabilität willen.

d) Beteiligung ohne Mitwirkung

"Nicht genug daß sie Partei ergreift, die Regierung dominiert und monopolisiert die Organisation der Wahlen", sagte Arbi Sanit, ein bekannter Politikwissenschaftler aus der renommierten Universitas Indonesia in Jakarta. Der Innenminister ist per Gesetz Leiter der Nationalen Wahlkommission. Er ist für die Planung und Durchführung der Wahlen verantwortlich. Erst seit 1985 duldet man Mitglieder politischer Parteien als Wahlbeobachter in den Wahllokalen und bei der Stimmenauszählung. Da sie aber auf der Kreisebene offiziell keine Vertretungen/Büros einrichten dürfen, haben sie gerade in ländlichen Gebieten Schwierigkeiten, diese Möglichkeit auch zu nutzen.

Die politischen Parteien schlagen schon seit langem vor, daß die Wahl an einem arbeitsfreien Tag stattfinden sollte, damit z.B. Beamte, Schüler und Angestellte sich bei der Stimmabgabe "freier" fühlen können. Bisher wurde immer an einem Arbeitstag gewählt. Der Wahltag wird durch Präsidentenerlaß bestimmt. Auch der nächste Wahltag ist kein arbeitsfreier Tag. Kennzeichnend für die Wahlen in Indonesien ist die niedrige

Tendenzen bei Wahlen und die politische Kultur

a) Das Monopol der Interpretation

Die Pancasila-Regierung ist die Manifestation der *Pancasila*

b) Das *Mufakat*-Prinzip

Eine Stimme statt Übereinstimmung: Die Einzigartigkeit der Pancasila-Demokratie, so wird immer wieder erklärt, liege in der Betonung der Beratung statt der Abstimmung. Die Volksvertreter sollten sich bemühen, eine Einigung zu erreichen. Doch das Prinzip der Beratung tritt heute immer mehr in den Hintergrund. Ein Parlamentsabgeordneter gab zu, daß bei der Verabschiedung des Staatsbudgets hat das Parlament bisher eigentlich immer nur die von der Regierung vorgelegten Zahlen bestätigt hatte. "Ansonsten diskutiert man nicht über Zahlen sondern über die allgemeine wirtschaftliche Lage". Gesetzesentwürfe werden sogar "fast bis auf Punkt und Komma" übernommen. Bei der Präsidentenwahl im MPR gab es immer nur einen einzigen Kandidat. Die Aufstellung von Gegenkandidat gilt offiziell als "unethisch". Darüber wird auch nicht diskutiert. Schon die Diskussion über den

FORUM

Zeitschrift für Internationalismus

Nr. 207/208

Frauen und Politik in Afrika

9,-- DM

Nr. 209

Du oder ich ? Soziale Frage und Gegenmacht

Rubriken zu: Rassismus, Ökologie, Kultur, Notizen, Termine u.v.m.

7,-- DM

Bestelladresse:
Redaktion FORUM
Buchstr. 14/15
28195 Bremen

Tel.: 0421-32 51 56
Fax: 33 78 177

Beteiligung der Bevölkerung und der Parteien bei der Planung und Durchführung.

e) Ein demokratisches Fest mit "unpolitischen" Parteien

Nach dem *floating-mass*-Konzept sollte die Bevölkerung nur alle 5 Jahre für die allgemeine Wahl politisch mobilisiert werden. Danach sollte die Tagespolitik möglichst ohne Einmischung der Bevölkerung von den Politikern gestaltet werden. Nach der neuesten Innenministerverordnung Nr. 1/1997 müssen Wahlkampagnen im Rundfunk und Fernsehen vorher aufgezeichnet werden. Es gibt keine Live-Übertragung. Die Sendungen dürfen nur von den nationalen Fernseh- und Rundfunkanstalten ausgestrahlt werden.

Kommerzielle Rundfunksender sind verpflichtet, die Sendungen zu übertragen, dürfen aber kein eigenes Wahlkampfprogramm produzieren. Werbung in den Medien ist als Wahlkampfmittel verboten. Manuskripte, Fahrzeuge etc., die für den Wahlkampf gebraucht werden sowie alle Redner müssen eine Woche vorher bei der Polizei angemeldet werden. Das Anbringen und Mitführen von Porträts, Bildern oder Plakaten von einer Person ist verboten.

f) "Wichtig ist nicht das Gesagte, sondern das Gemeinte"

"Dies alles sollte nicht als Zensur mißverstanden werden", sagte der Vorsitzende der Golkar-Fraktion über die neue Wahlkampfregelung. Im Prinzip kann ein Politiker in Indonesien alles sagen und versprechen. Es ist eben nicht wichtig was einer sagt, sondern was er meint. In Indonesien ist Rätselraten mittlerweile schon Volkskultur geworden. Deutungen und Interpretationen über das Gesagte füllen täglich die Kolumne der lokalen Presse. Man hat sich daran gewöhnt, nicht hinzuhören, sondern hinter die Worten zu schauen. In einer solchen Situation haben ernstmeinende Politiker schwer, sich Gehör zu verschaffen.

g) Die Wahl der Qual

Aufgrund der starken Einmischung der Regierung in politische Organisationen und bei der Durchführung der Wahl, gab es Anfang der 80er Jahre immer mehr Menschen, die zum Wahlboykott aufrufen. Die Bewegung wurde als die "Weiße Klasse" (*Golput, golongan putih*) bekannt. Zwar gibt es bisher kein Gesetz, das Nichtwählen unter Strafe setzt, aber die Regierung setzt die Aufforderung zum Nichtwählen mit dem Aufbäumen gegen die Staatsgewalt gleich und droht mit Strafen. Die so oft gepriesene Wahlbeteiligung von über 90 % bei allen Wahlen der Neuen Ordnung dürfte also wenig über die tatsächliche Stimmung des Volkes aussagen.



Wahlkampagne in Jakarta

aus: FK v. 27.1.1997, S. 24

Gelenkte Reformen

Die Regierung der Neuen Ordnung war mit dem Anspruch angetreten, die "alten" politischen Strukturen durch modernere zu ersetzen. Die Idee fand damals auch unter den Wissenschaftlern, Studenten und Künstlern breite Unterstützung. Nach 30 Jahren wirtschaftlichem Aufschwung und forciertem Aufbau, der meist nur die städtische Bevölkerung begünstigt, verlangen jetzt die Menschen mehr Beteiligung und Mitspracherecht. Die unruhigen städtischen Kinder kann man mit Konsum und ein bißchen Öffnung besänftigen und verwöhnen. Aber die Landbevölkerung, vor der sich die Neue Ordnung schon immer fürchtete, zieht nun zunehmend in die Städte und füllt die Fabriken und die Hinterhöfe. Der Präsident und Golkarvorsitzende Suharto warnte selbst neulich, man müsse sich vorsehen, weil der Feind des Staates nun die Strategie des Vorsitzenden Mao anwende: Dörfer umzingeln die Städte! Im Prinzip hat er recht, wird nun hinter vorgehaltener Hand gemunkelt, doch die "gelbe Gefahr" kommt diesmal nicht aus China. Gelb ist die Farbe von Golkar.

Die allgemeine Wahl, das große Fest der Demokratie wird indes stattfinden, mit oder ohne Parteien. Veränderung wird sie aber nicht bringen. Der indonesische Wissenschaftler Affan Gaffar beschreibt das gegenwärtige politische System Indonesiens als ein "pragmatisches Einparteiensystem", mit repressivem Sicherheitsapparat, eng vernetzter Überwachungsbürokratie vor allem auf ländlicher Ebene, und mit einer restriktiven Gesetzgebung zugunsten der Regierungspartei Golkar. Der Versuch, tragfähige politische Strukturen zu errichten durch Entpolitisierung und -ideologisierung der ländlichen Massen darf als gescheitert angesehen werden. Dennoch, das politische System und die herr-

schende politische Kultur machen eine "Veränderung von unten" nicht sehr wahrscheinlich. Friedliche Reformen kann nur eine "Veränderung von oben" bringen. In den 60ern hat sich vor allem das westliche Ausland viel in Indonesien eingemischt. In den 80ern hat es an Indonesien viel verdient. Jetzt findet es vielleicht ein bißchen mehr Zeit und Anstand, die demokratischen Kräfte in diesem Land zu unterstützen. Was Indonesien gegenwärtig braucht, ist eine Neuordnung der neuen Ordnung.

Hendra Pasuhuk

Der Autor ist freier Journalist und Mitarbeiter bei der Deutschen Welle.

Abkürzungen:

PDI: Partai Demokrasi Indonesia - Demokratische Partei Indonesiens
PPP: Partai Persatuan Pembangunan - Vereinigte Entwicklungspartei
Golkar: Golongan Karya - Bund der Schaffenden
DPR: Dewan Perwakilan Rakyat - Rat der Volksvertretung
MPR: Majelis Permusyawaratan Rakyat - Beratender Kongreß des Volkes

Weiterführende Lektüre:

Budiardjo, Miriam: *Demokrasi di Indonesia, Gramedia, Jakarta 1994*
Douglas E. Ramage: *Politics in Indonesia, Routledge, London-New York, 1995*
Gaffar, Affan: *Javanese Voters, Gadjah Mada University Press, Yogyakarta, 1992*
Liddle R. William: *Pemilu-Pemilu Orde Baru, LP3S, Jakarta 1992*
Pasuhuk, Koesoemawiria (Hrsg.): *Traum der Freiheit, OMIMEE, Köln 1995*